

Krisengipfel - Massnahmen zu den Folgen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses

Die ersten Gewitterwolken nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses vom 15. Januar 2015 sind vorübergezogen. Deshalb wird es nun immer deutlicher, dass sich der Euro mittelfristig um den Wert von 1.05 Franken einpendeln wird. Der Druck ist dadurch auf die gesamte Wirtschaft nochmals zusätzlich gestiegen. Zudem rechnet man damit, dass die länger anhaltenden negativen Effekte noch nicht sichtbar geworden sind. Reine Effizienzsteigerungen und Prozessoptimierungen sind nur noch marginal möglich, da diese bereits in jüngster Vergangenheit in Angriff genommen wurden. Wenn Firmen nun vermehrt im Ausland Material beziehen, um die Preisdifferenzen gegenüber den ausländischen Unternehmungen abzufedern, Privathaushalte regelmässig im Ausland einkaufen und die Schweiz als Reisedestination gemieden wird, hat das über kurz oder lang negative Auswirkungen auf den Werkplatz Schweiz. Von Seiten der Politik ist entschlossenes und konsequentes Handeln nötig, damit die Unternehmen rasch entlastet, administrative Hürden abgebaut und die Schwerpunkte richtig gesetzt werden. In einer Interpellation an den Regierungsrat erfragen Diana Gutjahr, Hansjörg Brunner und Hanspeter Gantenbein, ob die Regierung und die Verwaltung nach dem ersten Schock über den SNB-Entscheid einfach zur Tagesordnung übergegangen ist oder ob man bereit ist, sich vertieft mit den Folgen für den Wirtschafts-

standort Thurgau auseinanderzusetzen und konkret zu handeln. Zudem gab es bereits einen ersten Krisengipfel, wo sich die Spitzen der Wirtschaftsverbände mit dem Volkswirtschaftsdirektor zur Aussprache getroffen haben. Es liegt auf der Hand: Weniger Bürokratie könnte einen substantiellen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zum Umgang mit dem starken Schweizerfranken beitragen. Eine im Auftrag des Schweizerischen Gewerbeverbandes von der KPMG durchgeführte Studie zur Messung der Regulierungskosten (RMK) in den Themensegmenten Arbeitsrecht, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene hat aufgezeigt, dass sich allein in diesen drei Bereichen von den KMU zu zahlenden Regulierungskosten auf vier Milliarden Franken belaufen. Aufgrund von Hochrechnungen ist davon auszugehen, dass die durch Gesetze und Verordnungen verursachten Regulierungskosten auf über 50 Milliarden Franken zu stehen kommen. Auf Bundesebene kommen somit jedes Jahr 7000 A4-Seiten an neuen Regulierungen zusammen, das ist Gift für unsere Unternehmungen. Auch kantonale und kommunale Verordnungen tragen wesentlich zur Belastung der Wirtschaft und damit letztendlich unserer Arbeitsplätze bei. Makroökonomisch führen die durch die Regulierungen verursachten Belastungen in den KMU zu einer Schwächung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfä-



Diana Gutjahr, Vizepräsidentin TGV.

higkeit unseres Landes. Hier wären wirkungsvolle Entlastungen der KMU möglich, mit denen die Auswirkungen des SNB-Entscheidunges mindestens teilweise aufgefangen werden könnten. Trotzdem sind die Interpellanten überzeugt, dass es keine staatlichen Finanzprogramme zur Unterstützung der Wirtschaft braucht. Gespannt erwarten wir die Vorschläge der Regierung, welche Massnahmen in allen Departementen getroffen werden, um die Aufhebung der Euro-Untergrenze wenigstens etwas aufzufangen.

Diana Gutjahr ■